

Für ein offenes Land mit freien Menschen

Im Herbst 1989 überschlugen sich die Ereignisse - was bleibt?

geschrieben von Axel Klausmeier

»Wahnsinn!« war wohl das Wort des Jahres 1989, unter dem die ganze Fassungslosigkeit und der ratlose Unglaube über die unvorhersehbaren Veränderungen in der Welt ihren ebenso euphorischen wie wohl auch verständnislosen Ausdruck fand. Ein Künstler, so schreibt es der Historiker Klaus-Dietmar Henke, fasste die Empfindung deutlich poetischer zusammen, indem er 1989 als das Jahr beschrieb, »in dem die Realität die Phantasie überholt habe«. Wie konnte es dazu kommen? Wie gelang es den Menschen in Ostdeutschland, ihr Schicksal mit einem Mal selbst in die Hand zu nehmen und damit letztlich erst die Voraussetzungen für die deutsche Einheit zu schaffen? Welche Werte leiteten sie dabei, und was haben eben diese Werte mit unserer demokratischen Verfasstheit heute zu tun?

Den Beginn der politischen Veränderungen und Umbrüche im gesamten Ostblock auf das Jahr 1989 zu reduzieren, ist historisch falsch. Aufbauend auf den Erfahrungen der Freiheitsbewegungen in der gesamten DDR 1953, in Ungarn 1956, in Prag und der Tschechoslowakei 1968, in Polen seit 1970 und insbesondere mit der Gründung der unabhängigen polnischen Gewerkschaft Solidarność im Jahre 1980 in Danzig schöpften immer mehr Menschen über Gesellschaftsgrenzen hinweg den Mut, die autokratisch geführten Regime mit nach Freiheit strebenden Forderungen zu konfrontieren. Sie stellten sich den Zumutungen und Freiheitsberaubungen durch die Herrschenden entgegen. In den unterschiedlichsten Kontexten und in jedem Jahrzehnt der von Moskau dominierten kommunistischen Herrschaft setzten sie sich im gesamten Ostblock etwa für die staatliche Unabhängigkeit ihrer jeweiligen Heimatländer von der Sowjetunion unter demokratischen Vorzeichen ein, forderten freie Wahlen sowie Versammlungs-, Rede- und Meinungsfreiheit, Gewaltenteilung und damit unabhängige Gerichte und/oder kämpften für ihre individuellen Rechte als Gläubige, Wissenschaftler, Künstler und mündige Bürger.

Die Polen gingen dabei mutig voran. Die Solidarnosc hatte etwa in ihren »21 Forderungen« von 1980 neben den politischen und sozialen Anliegen die zentrale Forderung nach der Zulassung von unabhängigen Gewerkschaften formuliert, was im Verständnis der kommunistischen Machthaber im Grunde eine Ungeheuerlichkeit darstellte. In der DDR des Jahres 1989 gaben bereits in Eigenproduktion gefertigte Sticker und Abreißzettel mit der Aufschrift »Macht es wie die Polen« oder »Lernt Polnisch!« Anlass genug für das SED-Regime, entsprechende Regimegegner für das Tragen oder Verteilen dieser kleinen Produkte »zur Klärung eines Sachverhaltes« vorübergehend festzunehmen und »zuführen« zu lassen. Doch seit Gorbatschows Wahl zum Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) im März 1985 wurde auch in Moskau an der Spitze des kommunistischen Imperiums Wandel ausdrücklich akzeptiert. Damit haderte das bankrotte Regime der DDR, das sich durch die im Sommer 1989 unkontrollierbar gewordene Zahl der Ausreiseanträge in einer unübersehbaren Staatskrise befand. Der Versuch der Härte gegen die eigene Bevölkerung in einem Klima des schwindenden politischen Rückhalts und verblassten Glaubens an die historische Mission der SED entblößte das Regime letztendlich als verwundbar und dem Wandel nicht gewachsen. Diese Chance zur Veränderung ergriffen die Menschen in der DDR während der seit September 1989 explosionsartig anschwellenden Massenproteste in der Gesellschaft, in denen sie unmissverständlich und mutig zu erkennen gaben, dass sie die Diktatur der SED nicht länger einfach nur hinnehmen wollten.

Hatte die SED spätestens seit den im Zusammenhang mit dem Volksaufstand rund um den 17. Juni 1953 gemachten Ohnmachtserfahrungen stets das Bestreben, die politische Entwicklung ihres Einflussbereiches autokratisch zu steuern, so überschlugen sich im Herbst 1989 die Ereignisse. Die SED war in die Rolle der Reagierenden gekommen. Seit dem Frühsommer 1989 hatten die über westliche Medien schnell verbreiteten Bilder der Fluchtbewegung über Ungarn deutliche Spuren und Eindrücke in wohl allen Schichten der Bevölkerung der DDR hinterlassen. Bereits am 27. Juni

1989 hatten der österreichische und ungarische Außenminister symbolisch den der Grenze vorgelagerten Signalzaun durchtrennt, um den am 2. Mai 1989 begonnenen Abbau der Überwachungsanlagen durch Ungarn zu unterstreichen. Die als »Paneuropäisches Picknick« bei Szopron vom 19. August 1989 in die Geschichte eingegangene größte Massenflucht seit dem Bau der Berliner Mauer von etwa 700 Menschen über die Grenze nach Österreich war ebenso ein Brandbeschleuniger wie die Mitteilung von Bundesaußenminister Genscher in der Prager Botschaft der Bundesrepublik am 30. September 1989, dass die Ausreise der mehreren tausend hierhin Geflüchteten in die Bundesrepublik genehmigt sei. Die eindrücklichen Bilder der im fränkischen Hof ankommenden Züge voller Flüchtlinge dominierten die Westmedien, die auch von den Menschen in der DDR hauptsächlich genutzt wurden und diese weiter ermutigten.

Demonstrationen für Freiheit, für freie Wahlen, für den Rücktritt der SED und die Abschaffung der Stasi wurden immer größer und lauter. Der 9. Oktober in Leipzig war dabei ein Schlüsseldatum, das als »turning point« wahrgenommen wurde: Nach den montäglichen Friedensgebeten in der Nikolaikirche und kleineren Demonstrationen in den vorangegangenen Wochen, bei denen die Demonstranten allein mit Kerzen und selbstgestalteten Plakaten den öffentlichen Raum besetzten, versammelten sich nun rund 70.000 Menschen und liefen friedlich auf dem Stadtring. Sie demonstrierten trotz vorheriger staatlicher Drohungen v. a. für Versammlungs- und Redefreiheit, aber eben auch für ein »offenes Land mit freien Menschen«. Ähnlich, und doch mit immer weiter gefassten Forderungen, fanden in den folgenden Wochen landesweit Demonstrationen statt, die größte auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November. Dennoch kam der Mauerfall am 9. November völlig überraschend. Die daraus resultierende nie gekannte Freiheit, der Freudentaumel, aber auch die große Unsicherheit darüber, wie es nun weitergehen würde, wird nicht zuletzt darin deutlich, dass das Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR erst am 21. Dezember 1989 den Befehl erteilte, Reparaturen an den Berliner Grenzanlagen endgültig einzustellen.

Für die sich nun überstürzenden Ereignisse waren die Tage zu kurz. Es ist beinahe eine Randnotiz, dass als ein Ergebnis und in der Folge der ersten freien Wahlen in der DDR am 18. März 1990 auch die Berliner und innerdeutschen Grenzanlagen im Laufe des Jahres fast vollständig verschwinden sollten. Der offizielle Abbau begann am 13. Juni 1990 in der für die Geschichte der Teilung ikonischen Bernauer Straße. Zum Tag der Vereinigung am 3. Oktober waren – nur rund 11 Monate nach dem friedlichen Mauersturz – nur wenige Mauerabschnitte in die Denkmalliste eingetragen. Was für ein Jahr!

Der grenzenlosen Euphorie folgten Realitätserfahrung, Verunsicherung und Ernüchterung der Transformationszeit mit ihren besonderen Herausforderungen und Problemen. Diese waren nicht selten von Erfahrungen wie Arbeitslosigkeit, sozialem Statusverlust, Wohnungsverlust, Veränderungs- und Innovationsdruck sowie der Aberkennung von Schul- und Ausbildungsabschlüssen begleitet, um nur einige Phänomene zu benennen. Dies erschwerte zahlreichen Ostdeutschen das Ankommen im nun vereinten Deutschland nachhaltig. Das Agieren der »Treuhänder« bzw. die damit gemachten Erfahrungen stehen bis heute stellvertretend und mitunter sprichwörtlich für die neue Lebenswirklichkeit der Menschen in den damals neuen Bundesländern. Und dennoch: Die Menschen hatten sich in freien Wahlen und mit großer demokratischer Mehrheit für die Werte und das Rechts- und Staatssystem der Bundesrepublik entschieden. Werte, die zunächst nur von kleinen oppositionellen Gruppen und Dissidenten, dann bei den Demonstrationen in den öffentlichen Raum getragen und nach dem Mauerfall nach polnischem Vorbild an den berühmt gewordenen »Runden Tischen« eingefordert worden waren: Hier sind insbesondere Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, Freie Wahlen und Meinungsäußerung, Reisefreiheit, freie Wahl des Wohn- und Arbeitsortes, Mitbestimmung und Teilhabe in öffentlichen Prozessen zu nennen. »Wir wollen freie Menschen sein« – mit dieser Forderung hatten sich am 17. Juni 1953 Hunderttausende in der DDR gegen das SED-Regime gewendet. Dies war nun endlich durch glückliche internationale Umstände befördert und durch den Mut der Menschen in der DDR erreicht worden.

Und heute? Die Demokratie ist an ihren politischen Rändern bedroht und wird täglich

herausgefordert. Rund 10,1 Millionen Menschen (20,1 Prozent der Erststimmen) stimmten bei der Bundestagswahl 2024 für eine in Teilen gesichert rechtsextreme Partei, die mit ihrem Tun letztlich darauf abzielt, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen oder zumindest zu untergraben. Auch international sind autokratische Systeme auf dem Vormarsch, und zahlreiche Länder in der freiheitlichen westlichen Welt sind zunehmend mit frei gewählten Regierungen konfrontiert, die Grundsätze des westlichen Wertekonsens vorsätzlich zu untergraben suchen. Sei dies in Ungarn, dessen Regierung in den letzten Jahren kontinuierlich Verstöße gegen rechtsstaatliche Prinzipien nachgewiesen werden konnten, ebenso wie dies in Polen während der Zeit der PIS-Regierung der Fall war. Geradezu in Echtzeit müssen wir beobachten, wie auch Donald Trump demokratische Grundfeste der amerikanischen Demokratie einzuschränken sucht, um sein eigenes Machtsystem auszubauen und um demokratische Mitsprache zu verhindern: Sei dies in Harvard, im Bereich der Medien oder in der Neubesetzung zentraler Stellen in der Justiz. Wir sind gut beraten, uns an die mutigen Menschen von 1989 und deren Sehnsüchte nach demokratischen Freiheiten zu erinnern: Die Demokratie wurde in der DDR hart errungen und erkämpft. Heute braucht unsere Demokratie öffentlich sichtbare Demokratinnen und Demokraten, die sich den antidemokratischen und verfassungsfeindlichen Zielen der Systemgegner sichtbar und öffentlichkeitswirksam in den Weg stellen. Denn trotz aller aktuellen Defizite gilt: Ein besseres System als die Demokratie ist bislang weder erdacht noch erfunden worden. Das zu wissen bedeutet »gesellschaftliche Verantwortung übernehmen«. Zugleich ist Fantasie gefragt, um die Demokratie vor immer neuen Anfeindungen zu schützen: von jedem und jeden, von uns allen.

Dieser Text ist zuerst erschienen in [Politik & Kultur 10/2025](#).